

FORUM

Aktuelles aus der dbb frauenvertretung Hessen

Ausgabe 06/ 2010

„Über der Veränderung
liegt stets ein Hauch von Unbegreiflichkeit.“

Carl Friedrich von Weizsäcker

- Gespräch mit der Fraktion Die LINKE im Hessischen Landtag
- Väteranteil beim Elterngeld steigt auf 23 Prozent
- 8. Frauenpolitische Fachtagung „Voller Einsatz für jede Rolle – Frauen und Männer im Ehrenamt“ am 21. März 2010 – Terminvormerkung

Gespräch mit der Fraktion Die LINKE im Hessischen Landtag



v.l.n.r.: Petra Reiß, stv. Vorsitzende dbb Frauenvertretung Hessen, Marjana Schott, MdL, Fraktion Die Linke, Ute Wiegand-Fleischhacker, stv. Vorsitzende dbb Hessen, Ricarda Sell, Beisitzerin dbb Frauenvertretung Hessen, Hermann Schaus, MdL, Fraktion DIE LINKE, Ilona Piltz, stv. Vorsitzende dbb Frauenvertretung Hessen, Sonja Waldschmidt, Beisitzerin dbb Frauenvertretung Hessen

Der Vorstand der dbb Frauenvertretung Hessen nahm den vorliegenden Gesetzesentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP für ein Erstes Gesetz zur Modernisierung des Dienstrechts in Hessen (DRModG) sowie die von Seiten des Hessischen Sozialministeriums angestrebte Novellierung des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes zum Anlass, mit allen im Hessischen Landtag vertretenen Fraktionen ins Gespräch zu kommen.

Anfang Dezember fand das Gespräch mit der Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag statt. Der Vorstand folgte der Einladung von **Hermann Schaus, MdL**, Parlamentarischer Geschäftsführer und Sprecher für Innenpolitik, Kommunalpolitik, Verwaltungsreform und Wohnungsbaupolitik; sowie **Marjana Schott, MdL**, Sprecherin für Frauen- und Sozialpolitik sowie Justizvollzug.

Ute Wiegand-Fleischhacker stellte noch einmal die Erforderlichkeit der Erfüllung der Chancengleichheit im Gesetzentwurf des Dienstrechtsmodernisierungsgesetzes (DRMoDG) dar. Diese Forderung war seitens des dbb Hessen im Rahmen der Anhörung des Innenausschusses des Hessischen Landtags ebenfalls dargestellt worden. Auch im Rahmen des geplanten **2. Dienstrechtsmodernisierungsgesetzes** gelte es, die Aspekte der Chancengleichheit zwingend zu berücksichtigen, so Wiegand-Fleischhacker.

Weitere Themen waren die im Juli 2010 von Seiten des Hessischen Sozialministeriums angeregte **Novellierung des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes** sowie der **Bericht der Hessischen Landesregierung zum Hessischen Gleichberechtigungsgesetz - HGIG**.

Die von Seiten des Hessischen Sozialministeriums forcierte Novellierung des Gesetzes sei grundsätzlich entbehrlich, das Gesetz habe sich seit dessen Einführung im Jahr 1994 bewährt. Keinesfalls dürfe die beabsichtigte Novellierung eine Verschlechterung zur Folge haben, so Ute Wiegand-Fleischhacker.

Mit Blick auf das Thema der Besetzung mit **Frauen in Führungspositionen** stellte Wiegand-Fleischhacker fest, dass der **Bericht der Hessischen Landesregierung zum Hessischen Gleichberechtigungsgesetz** hierzu Stellung beziehe, es fehlten jedoch die mittleren Führungsbereiche. Ebenfalls sei es bedauerlich, dass die diversen Modelle der im HGIG vorgesehenen Experimentierklausel, wie z. B. Mentoring, Schulungen von Beurlaubten, nicht dargestellt sei. Wäre die Darstellung dieser in Hessen gelebten vielfältigen Modelle erfolgt, so hätte dies auch einen Beispielcharakter für die übrigen Behörden.

Die Abgeordneten sagten zu, sich für unsere Belange aktiv einzusetzen. Gleichstellung sei ein wichtiges Thema und werde auch von Seiten der Fraktion DIE LINKEN nachhaltig verfolgt.

Väterbeteiligung beim Elterngeld steigt auf 23%

Immer mehr Väter nehmen Elterngeld in Anspruch. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, hat der Vater bei rund 75 000 der insgesamt 323 000 im ersten Halbjahr 2009 geborenen Kinder Elterngeld bezogen. Dies entspricht einer Väterbeteiligung von 23%. Bei im Jahr 2008 geborenen Kindern lag die Väterbeteiligung bei knapp 21%. Die Inanspruchnahme des Elterngeldes durch Mütter betrug in beiden Berichtszeiträumen über 96%.

Am häufigsten bezogen die Väter in Sachsen und Bayern (jeweils 30%) Elterngeld, gefolgt von Berlin (29%) und Thüringen (28%). Am niedrigsten lag die Väterbeteiligung in Bremen und Nordrhein-Westfalen (jeweils 18%) sowie im Saarland (14%).

Nach wie vor bezieht die Mehrheit der Väter (75%) Elterngeld für einen relativ kurzen Zeitraum von maximal zwei Monaten. Den höchsten Anteil von Vätern, die das Elterngeld für maximal zwei Monate bezogen haben und deren Kind in den ersten sechs Monaten des Jahres 2009 geboren wurde, gab es in Bayern (81%), Sachsen (78%), Thüringen und Baden-Württemberg (jeweils 77%). Mütter hingegen bezogen bundesweit in neun von zehn Fällen (89%) das Elterngeld für zwölf Monate.

Die Höhe des Elterngeldes ist entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen jeweils abhängig vom bisherigen Verdienst der Mütter oder Väter. Grundsätzlich entspricht es 67% des wegfallenden monatlichen durchschnittlichen Nettogehaltes der letzten zwölf Monate vor der Geburt des Kindes. Es liegt mindestens bei 300 Euro und höchstens bei 1 800 Euro. Der Mindestbetrag in Höhe von 300 Euro wird auch gezahlt, wenn vor der Geburt des Kindes kein Einkommen erzielt wurde.

Der durchschnittliche Elterngeldanspruch von Vätern, die vor der Geburt des Kindes erwerbstätig waren und deren Kinder im ersten Halbjahr 2009 geboren wurden, lag im ersten Bezugsmonat bundesweit bei 1 168 Euro. Gegenüber dem Geburtszeitraum 2008 war das eine Steigerung von 3,3% oder 37 Euro. Der Anspruch von Vätern war im ersten Halbjahr 2009 rund ein Drittel höher als der vergleichbare Anspruch von Müttern.

Dieser lag lediglich bei 856 Euro (+ 12 Euro beziehungsweise + 1,4% gegenüber dem Jahr 2008). Detaillierte Ergebnisse der Elterngeldstatistik für im ersten Halbjahr 2009 geborene Kinder sind abrufbar im [Publikationsservice](#) des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de)

Quelle: Pressemeldung vom 1. Dezember 2010, Statistisches Bundesamt, www.destatis.de

8. Frauenpolitische Fachtagung –Voller Einsatz für jede Rolle – Frauen und Männer im Ehrenamt

Die 8. Frauenpolitische Fachtagung findet am 21. März 2011 in der Zeit von 10 bis 16 Uhr im dbb forum berlin, Friedrichstraße 169/170 statt.

In Deutschland steht das Ehrenamt hoch im Kurs: Mehr als jeder dritte Bundesbürger, der älter ist als 14 Jahre, engagiert sich über berufliche und private Verpflichtungen hinaus. Dennoch scheinen sich männliches und weibliches Engagement grundlegend zu unterscheiden:

Laut "Freiwilligensurvey" bekleiden rund 40 Prozent der Männer aber nur gut 30 Prozent der Frauen ein Ehrenamt. Deutlich mehr Männer engagieren sich in Berufsverbänden, während Frauen vorwiegend familiennahe Aktivitäten bevorzugen. Experten behaupten deshalb, dass Frauen sich eher aus mitmenschlicher Neigung heraus engagieren, während Männer einem klaren Funktionsgedanken folgen.

Das Rollenverständnis von Frauen und Männern im Ehrenamt ist Gegenstand der 8. Frauenpolitischen Fachtagung: Wissenschaftler aus der Freiwilligenforschung, Gender-Experten, Gesellschaftsforscher Politiker, Medienvertreter und dbb Gewerkschafterinnen werden im März 2011 auf Einladung der dbb bundesfrauenvertretung über Stärken und Schwächen der gesellschaftlichen Organisation des Ehrenamtes diskutieren.

Anmeldung und weitere Informationen unter Tel: 030.4081-4400, oder per Email: frauen@dbb.de.

**Wir wünschen Ihnen und Ihren Familien
ein besinnliches Weihnachtsfest und
ein gesundes, glückliches und erfolgreiches Jahr 2011.**



Impressum

dbb Frauenvertretung Hessen Helene-Stöcker-Str. 12, 64 521 Groß-Gerau

Tel.: 0 61 52 / 5 93 99

Fax: 0 61 52 / 9 41 91 20

Internet: www.dbb-frauen-hessen.de

Verantwortlich (V.i.S.d.P.): Ute Wiegand-Fleischhacker

E-Mail: vorsitzende@dbb-frauen-hessen.de